

23.02.2021

# Antrag

der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP

## **Möglichkeiten der digitalen Arbeitswelt nutzen: betriebliche und akademische Weiterbildung stärken**

### **I. Ausgangslage**

Weiterbildung kommt in der gegenwärtigen und zukünftigen Arbeitswelt eine Schlüsselrolle zu. Lebensbegleitendes Lernen ist essentiell, um mit sich verändernden Kompetenzanforderungen im Zusammenhang mit technologischem Wandel Schritt zu halten. Die Teilnahme an regelmäßigen Weiterbildungen wird zu einer Grundvoraussetzung, um beruflichen Anforderungen gerecht zu werden und damit die eigene Beschäftigungsfähigkeit zu sichern. In Zeiten zahlreicher neuer digitaler Geschäftsmodelle sind Investitionen in die Weiterbildung der Beschäftigten für Unternehmen zudem zentral, um das eigene Innovationspotential sowie die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten oder zu steigern. In den vergangenen zwei Jahren hat sich die Enquetekommission „Digitale Transformation der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen“ umfassend mit den Implikationen der Digitalisierung für die Arbeitswelt und Gesellschaft und dem damit resultierenden Handlungsbedarf für die Politik beschäftigt. Es bestand ein fraktionsübergreifender Konsens, dass Weiterbildung dabei von herausragender Bedeutung ist und politisch darauf hingewirkt werden muss, die Attraktivität von Weiterbildung weiter zu steigern.

Unternehmen kommt bei der betrieblichen Weiterbildung eine Schlüsselrolle zu. Gemäß der IW-Weiterbildungserhebung 2020 haben im Jahr 2019 Beschäftigte in 87,9 Prozent aller Unternehmen in Deutschland Weiterbildungsmaßnahmen in einem Umfang von durchschnittlich 18,3 Stunden pro Mitarbeiter absolviert, welche zu 89,2 Prozent während der bezahlten Arbeitszeit stattfanden. Die Ausgaben der Unternehmen sind dabei seit 2016 um 16 Prozent auf 1.236 Euro pro Mitarbeiter und das gesamtwirtschaftliche Investitionsvolumen um 23 Prozent 41,3 Milliarden Euro angestiegen. In der Befragung gaben knapp drei Viertel der befragten Unternehmen an, die praktizierte Aufteilung der Weiterbildungskosten zwischen Unternehmen und Beschäftigten für angemessen zu halten. Als Hürde für weitere betriebliche Weiterbildungsinvestitionen betrachteten viele Betriebe nicht vorrangig die Kosten, sondern den Zeiteinsatz zur Planung von Weiterbildungsmaßnahmen sowie zur Freistellung der Beschäftigten.

Durch die Covid-19-Pandemie kommt es in einigen Branchen zu erheblicher Mehrarbeit, in anderen Branchen hingegen etwa durch Betriebsschließungen zu Minderarbeit. Trotz der mit Minderarbeit verbundenen wirtschaftlichen Herausforderungen bieten sich allerdings für Beschäftigte und Unternehmen auch Chancen, die nun zur Verfügung stehende Zeit für Weiterbildung zu nutzen.

Um Hürden für Weiterbildungsinvestitionen abzubauen, erscheint es sinnvoll, durch die Einrichtung einer digitalen Plattform für berufliche Weiterbildungsangebote mehr Transparenz in der vielfältigen Weiterbildungslandschaft zu schaffen. Denn dadurch wird es insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) leichter, passgenaue Weiterbildungsmaßnahmen zu finden und deren Qualität zu beurteilen.

Neben klassischen Anbietern der beruflichen Weiterbildung sind auch die Hochschulen wichtige Akteure bei der Steigerung der Weiterbildungsaktivitäten. Bereits 2011 wurden die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, dass beruflich Qualifizierte ohne (Fach-)Abitur ein Hochschulstudium aufnehmen können. Da diese heute allerdings noch zu selten genutzt werden, ist der Ausbau flexibler und berufsbegleitender Studienstrukturen an staatlichen und privaten Hochschulen zu begrüßen. Dazu können Fern- und Teilzeitstudiengänge ebenso gehören wie hybride Modelle mit digitalen und Präsenzvorlesungen sowie Studiengänge mit Vorlesungszeiten außerhalb der üblichen Arbeitszeiten. Zur Steigerung des Wissenstransfers von den Hochschulen in die berufliche Praxis sind neben mehrjährigen Bachelor- und Masterstudiengängen auch alternative Angebote wie der Besuch von einzelnen Kursen oder Modulen im Rahmen eines Zertifikats- oder Akademiestudiums von großer Bedeutung. Damit Hochschulen ihre Angebote im Bereich der akademischen Weiterbildung weiter ausbauen können, ist es allerdings erforderlich, Studierende, die im Rahmen eines Zertifikats- oder Akademiestudiums lediglich einzelne Kurse oder Module absolvieren, bei der Hochschulfinanzierung nicht wie Studienabbrecher zu zählen.

Darüber hinaus gilt es auch die Eigeninitiative von Erwerbstätigen zur Weiterbildung zu stärken. Zusätzliche Anreize zu selbstfinanzierten Weiterbildungsaktivitäten können dabei insbesondere durch die Schaffung von Transparenz in der vielfältigen Weiterbildungslandschaft unterstützt werden. Zusätzlich kann auch die Schaffung steuer- und abgabefreier Möglichkeiten zur Ersparnisbildung zur Finanzierung von Kursgebühren sowie zur Kompensation von Einkommensausfällen während längerer Weiterbildungsphasen einen wichtigen Beitrag leisten. Für Geringverdiener ist zudem der weitere Ausbau direkter Fördermöglichkeiten zu prüfen.

## **II. Beschlussfassung**

Der Landtag stellt fest:

- Betriebliche und akademische Weiterbildung sind zentrale Instrumente, um Beschäftigte und Unternehmen für die Chancen und Herausforderungen einer digitalen Arbeitswelt fit zu machen.
- Das gesamtwirtschaftliche Investitionsvolumen für betriebliche Weiterbildung hat ein Rekordniveau erreicht. Unternehmen gewähren ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in zunehmendem Maße Zeit, sich unter anderem zu Themen der Digitalisierung weiterzubilden.
- Die Covid-19-Pandemie stellt für sehr viele Unternehmen eine zum Teil existenzielle Herausforderung dar. Gleichzeitig bietet die verstärkte Inanspruchnahme des Kurzarbeitergeldes für Beschäftigte und Unternehmen die Möglichkeit, diese Zeit für Weiterbildung zu nutzen und dadurch gestärkt aus der Krise hervor zu gehen.
- Eine Stärkung der Attraktivität von betrieblicher und akademischer Weiterbildung ist sowohl im Interesse der Beschäftigten als auch der Unternehmen erstrebenswert.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- Förderprogramme für (digitale) Weiterbildungsangebote so auszurichten, dass diese zusätzlich zur beruflichen Qualifizierung auch bedarfs- und handlungsorientierte Elemente der Digitalisierung umfassen.
- die geplante zentrale, unabhängige Weiterbildungsdatenbank in Deutschland aktiv mitzugestalten und voranzubringen, etwa indem die Möglichkeit einer Suche nach Orten und Regionen ermöglicht wird.
- durch die Umsetzung der Nationalen Weiterbildungsstrategie für eine größere Transparenz von Weiterbildungsangeboten zu sorgen und in Kooperation mit den Sozialpartnern eine digitale Plattform Berufliche Weiterbildung zu schaffen, um die Navigation in der vielfältigen Weiterbildungslandschaft zu erleichtern.
- KMU weiterhin bei der Qualifizierung ihrer Beschäftigten im Zuge des digitalen Wandels zu unterstützen.
- hochschulische Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote für nicht-traditionelle Studierende z.B. durch freiwillige Online-Self-Assessments und niedrigschwellige Orientierungsangebote zu erweitern und zu verbessern.
- sich auf Bundesebene für die Schaffung beihilferechtlicher Sicherheit bei finanziellen Rahmenbedingungen von akademischer Weiterbildung an Hochschulen einzusetzen.
- im Dialog mit den Hochschulen flexible Studienstrukturen und den über Insellösungen hinausgehenden Ausbau digitaler Formate zur Verzahnung von Berufsbildung, Berufstätigkeit und akademischer Bildung zu stärken.
- im Dialog mit den Hochschulen Möglichkeiten zum Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung etwa in Form von berufs begleitenden Kursen im Rahmen eines Akademiestudiums für Personen mit Hochschulzugangsberechtigung zu erörtern. Dies erfordert neben der Anzahl der Bachelor- und Masterabsolventen auch im Rahmen eines Akademiestudiums erfolgreich bestandene Prüfungen bei der Hochschulfinanzierung zu berücksichtigen.
- sich auf Bundesebene für die Verbesserung der Weiterbildungsförderung z.B. durch die Förderung der Ersparnisbildung zu Bildungszwecken einzusetzen.

Bodo Löttgen  
Matthias Kerkhoff  
Thorsten Schick  
Petra Vogt  
Marco Schmitz  
Peter Preuß  
Florian Braun  
Dr. Stefan Nacke

und Fraktion

Christof Rasche  
Henning Höne  
Jörn Freynick  
Daniela Beihl  
Martina Hannen

und Fraktion